

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

der Königlichen Amtshauptmannschaft, der Königlichen Schulinspektion und des Königlichen Hauptzolamtes zu Bautzen, sowie des Königlichen Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindevorsteher des Bezirks.



Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846.
Telegr.-Adresse: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Beilagen: Bischofswerda, Markt 15. Erscheint jeden Samstag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung der Geschäftsstelle monatlich 70 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 80 Pfg.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2.25 oder halbjährlich Mk. 4.50.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 543. — **Gemeindeverbandskasse Bischofswerda** Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger Inangriffnahme der Betriebe der Zeitung oder der Verlagsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. Maße 28 oder deren Raum 28 Pfg., betliche Anzeigen 18 Pfg. Im Einzelteil (Zm. Maße 17) 60 Pfg. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — **Amliche Anzeigen** die gespaltene Zeile 40 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Fäden wird keine Gewähr geleistet. — **Erfüllungsort** Bischofswerda.

Vor neuen Ereignissen im Osten.

Die Besprechungen im Großen Hauptquartier.

Berlin, 15. Februar. (Meldung unseres Berliner Vertreters.) Von zuverlässiger Stelle konnte man heute erfahren, daß die Besprechungen im Großen Hauptquartier die volle Übereinstimmung zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Reichsleitung ergeben haben. Einzelheiten über die Art dieser Besprechungen werden nicht mitgeteilt, doch ist aus den Vorgängen der letzten Tage ja selbstverständlich, was in den Vordergrund der Beratungen trat. Es ist die Frage, wie wir uns nunmehr Rußland gegenüber verhalten werden. Und hierfür sind bereits Richtlinien dadurch gegeben, daß Herr von Kühlmann bereits in Brest-Litowsk Trojki gegenüber die Auffassung über den Waffenstillstand mit Rußland geäußert hat. Er hat Trojki nach dessen Bemerkungen, Rußland werde den Krieg einstellen und demobilisieren, zu verstehen gegeben, daß der Waffenstillstandsvertrag die Bestimmung enthalte, er laufe weiter, wenn er nicht gelündigt werde, er müsse aber entweder in einen Frieden eintreten oder den alten Kriegszustand wieder herbeiführen. Das letztere werde eintreten, da Rußland sich nicht zum Friedensschluß bereit erklärt hat. Trojki hat auf diese Kühlmannsche Feststellung nicht geantwortet. Das schließt uns aber nicht, dem Recht zu folgen. Man wird schon in den nächsten Tagen jedenfalls näheres über die Beschlüsse im Großen Hauptquartier hören. Sie haben die Richtlinien für die kommenden militärischen und politischen Aktionen gegeben.

Ebenso ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Reden Wilsons und Lloyd Georges besprochen wurden. Und nach der Auffassung, die man in hiesigen Regierungskreisen von diesen Reden hat, steht fest, daß sie nicht als ein Friedensforschritt gelten können.

Rückkehr des Reichskanzlers.

Berlin, 15. Februar. (Privatteil.) Der Reichskanzler verließ gestern abend das Große Hauptquartier und kehrte nach Berlin zurück. Der Staatssekretär von Kühlmann dürfte etwas später als der Reichskanzler in Berlin wieder eintreffen.

Gefährdete Lage der Deutschen und Esten.

Berlin, 14. Februar. (B. L. B.) Wie dem Berliner „Coblenzener“ aus Riga berichtet wird, eilt die Lage der von Deutschland ihre Rettung erhoffenden Deutschen und Esten in Estland und Ostland der Katastrophe zu, wenn nicht Rettung in letzter Stunde kommt. In Riga sind von den Maximilianisten 3000 Deutsche und Esten verhaftet worden. Die Frauen befinden sich getrennt von ihren Männern im Schlosse, die Männer in Ainos. In Dorpat wurden etwa 200 Männer verhaftet. Weitere Verhaftungen wurden aus Jellin gemeldet.

Die Organisation der Roten Armee.

Berlin, 14. Februar. (B. L. B.) Der russische Oberkommandierende der West- und Südwestfront Masnikow hat durch Funkpruch vom 11. ds. Ms. folgende Befehle ergehen lassen:

1. Die Demobilisierung der Armee wird schnell vor sich gehen, wobei volle Ruhe und Ordnung bewahrt werden muß. Der heutige Zustand unserer Eisenbahnen erfordert, daß wir sparsam mit ihnen umgehen.
2. Zur Durchführung der Demobilisation sind bei den Truppenteilen besondere Organe mit den Komitees und Räden an der Spitze zu bilden; die Heranziehung bezahlter Arbeitskräfte ist im weitgehendsten Maße erforderlich, worauf schon in meinem vorigen Befehle hingewiesen habe.
3. Parallel mit der Demobilisation muß die Organisier-

zung der Roten Armee gehen; mehr Agitation, mehr praktisches Handeln in dieser Richtung.

4. Die Komitees, die Räte und die Verwaltungsorgane der Truppenteile müssen bis zur letzten Minute auf ihren Posten bleiben. Kameraden! Die Erfüllung dieser Bedingungen wird uns ermöglichen, die Folgen des Krieges endgültig zu liquidieren und zu einer gesunden Form des Schutzes von Volk, Land und Revolution gegen ihre Feinde überzugehen.

„Die Waffe des Triumphes der sozialistischen Weltrevolution.“

Petersburg, 12. Februar. Die „Pravda“ begrüßt die Rote Armee als wahre Waffe des Triumphes der sozialistischen Weltrevolution und des Unterganges des Kapitalismus.

Die Organisation der Roten Armee wird den örtlichen (Gouvernement-, Kreis- usw.) Räten übertragen, innerhalb der Armee den Frontkomitees der Armeen, Korps und Divisionen. Die Räte gründen hierfür besondere Ausschüsse, die die Armee stellt besondere Stäbe der Roten Armee auf.

Gedrückte Stimmung in Petersburg.

St Petersburg, 14. Februar. (B. L. B.) Telegraphischen Meldungen aus Petersburg zufolge äußert sich die bolschewistische Presse zu den Ergebnissen der Verhandlungen in Brest-Litowsk in zustimmender Weise, doch klingt diese Zustimmung etwas gedämpft. Im Smolny-Institut herrscht, wie aus glaubwürdiger Quelle verlautet, eine ziemlich leinlaute Stimmung. Man verheißt sich kaum mehr, daß man sich über den Ausbruch der erwarteten revolutionären Umwälzung in Deutschland gründlich getäuscht hat. Die gedrückte Stimmung wird noch durch das Gefühl der Ohnmacht gegenüber der allgemeinen Anarchie, besonders gegenüber den in Petersburg herrschenden trostlosen Zuständen wesentlich verschärft. Besonders kritisch erscheint die Gesamtlage durch das Vorgehen des Generals Alexejew, der über etwa 100 000 Mann, wovon etwa 30 000 Offiziere, verfügen soll, gegen Rostau.

Lenins und Trojki Stellung erschüttert.

Kopenhagen, 14. Februar. (Privatteil.) Wie aus Petersburg gemeldet wird, wird die Stellung von Lenin und Trojki von Tag zu Tag schwieriger angesichts des Widerstandes, der sich in allen Schichten der Bevölkerung, sogar unter den marxistischen Arbeitern gegen die Diktatoren geltend macht. Eine Auflösung der Smolny-Regierung soll unmittelbar bevorstehen.

Die Kosaken für den Frieden.

Kopenhagen, 14. Februar. (Privatteil.) Wie aus Petersburg gemeldet wird, ist ein erheblicher Stimmungsumschwung unter den Kosaken bemerkbar. In der Don-Republik ist eine Bewegung im Gange, die auf eine Abkehr von der Kalesinischen Regierung und auf eine Verständigung mit der Ukraine hinführt.

Bern, 15. Februar. (Privatteil.) Nach einer Petersburger Depesche der Pariser Presse sollen die rumänischen Truppen, wie die „Bos. Ztg.“ berichtet, Kischinew besetzt haben.

Räumung des besetzten Gebietes in Ostgalizien.

Wien, 14. Februar. (B. L. B.) Gemäß Art. 2 Abs. b des mit der Ukraine abgeschlossenen Vertrages, der den Status quo ante, der zwischen Österreich-Ungarn und Rußland bestandenen Grenzen wiederherstellt, sind gestern unsere Truppen in Brody eingezogen. Durch diese friedliche Besetzung Brodys ist die letzte größere Stadt in Ostgalizien wieder in österreichisch-ungarischen Händen.

Beginn der Verhandlungen mit Rumänien.

Berlin, 15. Februar. (Meldung unseres Berliner Vertreters.) Heute, am Donnerstag, haben die Verhandlungen mit Rumänien ihren Anfang genommen. Daraus darf indessen nicht gleich geschlossen werden, daß Rumänien zum Frieden bereit ist und es sich hier um Friedensverhandlungen handelt. Vielmehr ist ihre Absicht, erst einmal wieder den Waffenstillstand zu verlängern, wie das schon wiederholt durch Verhandlungen erwirkt wurde. Doch wird versichert, daß deutscherseits entschieden jede Verlängerung des Waffenstillstandes abgelehnt werden soll, wenn sich die Rumänen nicht verpflichten, Friedensverhandlungen aufzunehmen. Allerwahrscheinlichkeit nach aber wird wohl gar kein Zwang angewandt zu werden brauchen, denn die Lage in Rumänien drängt zum Frieden und die Waffenstillstandsunterhandlungen werden die Gelegenheit sicherlich gern benutzen, die Verhandlungen über den Frieden anzubahnen.

Berlin, 15. Februar. (Privatteil.) Zum Bericht über die letzten Sitzungen in Brest-Litowsk heißt es im „Lokal-Anz.“: Der Auffassung der Rechtslage, wie sie hier von Herrn v. Kühlmann nach Trojki's Erklärung vorgetragen wurde, hat sich die öffentliche Meinung in Deutschland in ihrer weit überwiegenden Mehrheit angeschlossen. Ob sie auch bei den Beratungen im Großen Hauptquartier geteilt wurde und wenn dieses geschah, welche Folgerungen dort aus ihr gezogen werden, wird der Fortgang der Ereignisse sehr bald erkennen lassen.

Wie Trojki die Verhandlungen abbrach.

Über den Verlauf der beiden letzten Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen, die mit der betannten Erklärung Trojki's schlossen, wird durch B. L. B. noch ein Bericht ausgegeben.

Die Kommissions-Sitzung vom 9. Februar leitete Staatssekretär v. Kühlmann durch eine zusammenfassende Darstellung über die Ergebnisse der bisherigen Besprechungen ein. Er stellte fest, daß eine erhebliche Annäherung der beiderseitigen Standpunkte auch in den sehr eingehenden Debatten nicht habe erzielt werden können. Persönlich habe er den Eindruck, als ob durch eine weitere Erörterung auf der bisher von beiden Parteien angenommenen Grundlage kein günstigerer Erfolg erzielt werden könne. Man könne eine unumschränkte Ausdehnung von Erfolg nicht versprechenden Verhandlungen nicht ins Auge fassen. Die heutige Besprechung des gesamten Problems habe den Zweck, einen Weg der Verständigung vielleicht noch ausfindig zu machen.

Herr Trojki entgegnete, daß vom russischen Standpunkt aus die Anwendung, die die Gegenpartei dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker geben wolle, der Ablehnung dieses Grundsatzes gleichkomme. Die geplante neue Grenzführung müsse von militärischen und strategischen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Durch die Stellungnahme des Bierbundes gegenüber der Ukraine sei eine neue Schwierigkeit entstanden. Redner protestierte eingehend gegen die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen den Bierbündlern und den Bevollmächtigten der kleineren Rada. Diese Handlungsweise müsse Zweifel darüber erregen, daß die Zentralmächte mit der Regierung des föderativen Rußland an einer Verständigung gelangen wollten, weshalb er den Vertrag mit der kleineren Rada als für das ukrainische Volk und für die Regierung ganz Rußlands gestaltungslos erklärte.

Graf Czernin bemerkte, das Verhältnis der Ukraine zur Petersburger Regierung gebe dem Bierbund nichts an. Der Friedensschluß mit der Ukraine sei kein unfriedlicher Akt gegen die russische Regierung. Durch den Friedensvertrag sei die Ukraine kein den Zentralmächten verbündeter, sondern ein neutraler Staat geworden. Dasselbe würde mit Rußland der Fall sein, wenn es zwischen diesem und dem Bierbund zu einem Friedensschluß käme. Komme kein Frieden zwischen dem Bierbund und dem Rat der Volkskommis-